

GWS-KURZMITTEILUNG 2020/04

Die Post-Corona-Welt

Investitionen für Wirtschaft und Umwelt

Dr. Christian Lutz, Dr. Marc Ingo Wolter, Dr. Ulrike Lehr

VERÖFFENTLICHUNGSDATUM

© GWS mbH Osnabrück, April 2020

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers/der Verfasser und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der GWS mbH wieder.

VORAB

Die Regelungen zur Eindämmung von COVID-19-Erkrankungen haben sich deutlich auf die Produktion und Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und die damit verbundenen negativen Umwelteinflüsse ausgewirkt. Diese direkten Wirkungen – etwa der Rückgang von Stickstoffdioxiden in China oder das kristallklare Wasser in der Lagune von Venedig – verschaffen der Umwelt eine Atempause. Auch das Erreichen der Klimaziele in Deutschland von -40 % gegenüber 1990 im Jahr 2020 (Agora Energiewende 2020) gehört zu den wenigen guten Nachrichten dieser Tage.

Es stellt sich die Frage, wie die Post-Corona-Welt mit Blick auf Klimaschutz und Umweltfragen aussehen kann. Die Interessen sowohl an einer Verschiebung oder teilweisen Aufhebung des EU-Green-Deals (euractiv 2020) als auch an einem bewussten Anschub von Nachhaltigkeitsinvestitionen (FÖS 2020) sind bereits bekundet. Sicher ist, dass die Wirtschaft im Anschluss an den Lockdown Starthilfe erhalten muss und wird. Das Charakteristikum dieser Starthilfe sollte die schnelle Umsetzbarkeit gepaart mit einem wirtschaftlichen Impuls sein, der sich vor allem auch auf die Beschäftigung positiv auswirkt.

Die Vereinten Nationen empfehlen die Orientierung an den 17 Nachhaltigkeitszielen mit dem Hinweis “recover(ing) from the COVID-19 crisis must lead to an economy focused on building inclusive and sustainable economies that are more resilient in facing pandemics, climate change, and the many other global challenges.” (Vereinte Nationen, 31. März 2020)

Naturwissenschaftler*innen weisen auch darauf hin, dass die zunehmende Ausbreitung des Menschen und das dadurch engere Zusammenleben mit Tierarten, die trotz globalem Schwund der Biodiversität erfolgreich sind, die aktuelle Pandemie ausgelöst haben könnte und zukünftige Pandemien in Zukunft wahrscheinlicher werden. Die Bundesumweltministerin erklärt, dass „weltweiter Naturschutz das Risiko künftiger Seuchen verringern kann“ (BMU 2020). Sollten sich diese Hinweise verdichten, wären dies starke, zusätzliche Argumente für verstärkten Umweltschutz und für eine Verbesserung der Tierhaltung.

Bei der Gestaltung möglicher Maßnahmen im Rahmen eines Konjunkturpaketes ist zudem zu bedenken, dass die globalen Lieferketten weiterhin gestört sind und dass die Weltregionen nacheinander von der Pandemie betroffen sind. D. h. es kann sein, dass trotz einer halbwegs funktionsfähigen Lieferkette (China ist wieder in die Produktion eingestiegen) nun der Absatzweg verstopft ist, da z. B. die USA schwer von der epidemischen Entwicklung getroffen werden. Kurzfristig wirkende Maßnahmen sollten also möglichst auf heimische Nachfrage ausgerichtet sein und Lieferketten nicht zu sehr beanspruchen.

ANSATZPUNKTE FÜR STARTHILFEN IN DIE POST-CORONA-ZEIT

Der Internationale Währungsfonds erwartet, dass die Weltwirtschaft in diesem Jahr mindestens um 3 Prozent schrumpft (IWF 2020). Für die Eurozone wurde das zu erwartende

Minus auf 7,5 Prozent beziffert. Im Gegensatz zu deutschen Wirtschaftsexpert*innen, die z. B. in der Gemeinschaftsdiagnose (ifo 2020) auf einen V-förmigen Krisenverlauf setzen, erwartet der IWF eher, dass der Vorkrisenpfad – wenn überhaupt – nur langfristig wieder erreicht werden kann. Positiv bewertet der IWF die Rettungsprogramme zahlreicher Regierungen, die als schnell und umfangreich bezeichnet werden, was eher für einen U-förmigen als für einen L-förmigen Verlauf der Krise sprechen sollte (DLF, 14. April 2020).

Sicher ist, dass der Corona-Lockdown in Deutschland massive konjunkturelle Wirkungen verursachen wird. Mit der Dauer des Lockdown werden die Wertschöpfungsverluste zunehmen. Aber auch mögliche Wege, den Lockdown zu beenden, haben ökonomische Folgen. Angesichts der erheblichen ökonomischen Rückschläge und des nicht als sicher zu erwartenden selbstständigen Anspringens des Wirtschaftskreislaufes sind Starthilfen notwendig. In ihrer letzten (Stand: April 2020) Ad-Hoc-Stellungnahme hat sich die Leopoldina der Frage gewidmet, welche Handlungsmöglichkeiten die Politik für eine Exit-Strategie hat. Mögliche Weichenstellungen für einen Umbau zu mehr Nachhaltigkeit werden hervorgehoben:

„Weichen stellen für Nachhaltigkeit: Bereits bestehende globale Herausforderungen wie insbesondere der Klima- und Artenschutz verschwinden mit der Coronavirus-Krise nicht. Politische Maßnahmen sollten sich auf nationaler wie internationaler Ebene an den Prinzipien von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit, Zukunftsverträglichkeit und Resilienzgewinnung orientieren. Maßnahmen, die bereits vor der Coronavirus-Krise auf einer breiten wissenschaftlichen Evidenz und einem politisch-gesellschaftlichen Konsens beruhten, dürfen nicht abgeschwächt, sondern müssen weiterhin mit hoher Priorität umgesetzt oder sogar verstärkt werden. Wirtschaftliche Konjunkturprogramme sollten grundsätzlich mit den Zielen des europäischen „Green Deals“ vereinbar sein.“¹

Auch wenn Deutschland seine Emissionsminderungsziele für 2020 angesichts des starken ökonomischen Einbruchs erreichen dürfte (Agora 2020), so ist der Klimawandel damit weder beherrscht noch eingedämmt. Bei einem Wiederanspringen der Konjunktur ist zu befürchten, dass auch die Treibhausgas(THG)-Emissionen wieder steigen und sich vom Zielpfad des Klimapakets bis 2030 (-55 % gegenüber 1990) entfernen werden. Die Gefahr eines globalen Temperaturanstiegs um mehr als 2° ist in keinem Fall gebannt, sodass die Notwendigkeit der Klimawandel-Anpassung gegeben ist.

Die aktuelle Pandemie zeigt die Verletzlichkeit moderner Gesellschaften, wenn sie Vorsorge nicht ernst nehmen. Der Klimawandel wird die Vulnerabilität Deutschlands mit seinen bereits bekannten Gefahren wie verstärkten Extremwetterereignissen, Anstieg des Meeresspiegels, Trockenheit, Gletscherschmelze wie vor allem den unbekanntem weiteren Risiken zukünftig erhöhen. Deutschland muss seine Resilienz gegenüber dem Klimawandel, der in Teilen nicht mehr zu verhindern ist, steigern: Maßnahmen dazu betreffen den Klimaschutz, die Anpassung an den Klimawandel und ein Voranschreiten bei der Energiewende.

¹ https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_04_13_Coronavirus-Pandemie-Die_Krise_nachhaltig_%C3%BCberwinden_final.pdf, abgerufen am 20.04.2020.

Etliche Maßnahmen sind gerade jetzt auch als Starthilfe in eine Post-Corona-Phase geeignet und lenken die notwendigen Investitionen in Bahnen, die eine nachhaltigere Zukunft ermöglichen und Fehlanreize wie etwa nach der Finanzkrise vermeiden.

Klimaschutz und Energiewende

- Die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude (u. a. Schulen) sollte keinesfalls durch die fehlenden Einnahmen der Gemeinden ins Stocken kommen. Vielmehr kann die öffentliche Hand hier vorausgehen und eine Vorbildfunktion einnehmen. Gerade Kommunen sollten in der Bewältigung von Mindereinnahmen und knappen Haushaltslagen nach der Lockdown-Phase gestärkt werden.
- Die energetische Sanierung von Wohnungen sollte sowohl im Bereich der Wärmeerzeugung als auch im Bereich der Dämmung (Fassaden und Fenster) vorangetrieben werden. Da der Ölpreis in diesem Jahr keinerlei Anreiz hierzu bietet, sollten die Anreize von entsprechenden Förderungen oder Richtlinien ausgehen. Eine Verringerung der Sanierungstätigkeit unter das ohnehin geringe Ausmaß der vergangenen Jahre wirft den Klimaschutz und die Energiewende im Gebäudebereich erheblich zurück.
- Förderung der Energieeffizienz für Unternehmen befristet erleichtern: Kleine und mittelgroße Energieverbraucher wie z. B. Papierhersteller oder Metallverarbeiter, die bisher nicht Teil des europäischen Emissionshandelssystems sind, stehen vor der Herausforderung, dass ab kommendem Jahr ein CO₂-Festpreis von zunächst 25 € pro Tonne im Rahmen des nationalen Emissionshandelssystems anfällt. Zugleich bestehen bereits verschiedene Förderprogramme für Energieeffizienz in der Wirtschaft, mit denen sich Emissionen deutlich reduzieren lassen (BMWi 2020). Eine bis Ende 2021 befristete Erhöhung von Zuschüssen und Vereinfachung von Antragsverfahren würde viele kurzfristige Investitionen anschieben und Unternehmen wie Umwelt langfristig entlasten.
- Ausbau erneuerbarer Energien. Beim solaren Ausbau bieten sich zwei Bereiche zur Soforthilfe an: PV-Kleinanlagen können zwar inzwischen im Baumarkt oder sogar bei schwedischen Möbelherstellern gekauft werden, doch die Hemmschwelle bei der Eigeninstallation ist groß. Anreize zur Unterstützung durch das Elektrohandwerk wären mit sehr geringem Förderaufwand und schnell realisierbar. Größere Anlagen inklusive Speicher wie PV-Dachanlagen plus Stromspeicher gäben auf bspw. nur 1 Million Hausdächern bis 2021 inklusive Installation einen Investitionsimpuls von 10 bis 15 Mrd. Euro. Zur Beförderung der E-Mobilität könnte ein Anreizprogramm für angeschlossene Ladestationen ergänzt werden.
- Aus aktuellem Anlass werden öffentliche Verkehrsmittel wenig genutzt. Zum einen bleiben die meisten Menschen wenn möglich im Homeoffice und zu Hause, zum anderen wird auf das Auto umgestiegen. Dieser Entwicklung sollte dringend begegnet werden, indem das Image öffentlichen Nahverkehrs erneut aufgewertet sowie die Verkehrsinfrastruktur für einen Fahrrad-ÖPNV-Ansatz ausgebaut wird. Diese Ertüchtigung der Verkehrsinfrastruktur (vgl. weiter unten die Ausführungen zur Anpassung an den Klimawandel) sollte ebenfalls nicht zurückgestellt werden, sondern gegebenenfalls mit der notwendigen Unterstützung sogar vorgezogen werden. Damit einher geht die Ausweitung des öffentlichen Personennahverkehrs auch in Form einer höheren Taktung um die ähnlich hohe bzw. zunehmende Anzahl an Personen

in kleineren Gruppen zu befördern. Dies kann nur bei einer gleichzeitigen Elektrifizierung (Elektro- statt Dieselse) umweltfreundlich erfolgen kann. Zugleich werden die mit dem motorisierten Individualverkehr einhergehenden E-Luftschadstoffemissionen verringert, welche auch für viele vorzeitige Todesfälle verantwortlich sind (z. B. EEA State of the Environment 2019).

- Für die Arbeit, beim Konsum und im Verkehr generell sind die großen Fortschritte in der Digitalisierung durch die Reaktion auf Corona-Einschränkungen im Sinne der Energiewende zu nutzen und zu verstetigen: Das bedeutet u. a. weniger Dienstreisen, wesentlich mehr regelmäßiges Homeoffice sowie anonymisierte und akzeptierte Tracing Apps für die Verknüpfung verschiedener Verkehrsträger und für das Bezahlen im öffentlichen Nahverkehr sowie Lieferdienste mit Fahrradkurieren in Kommunen (schon zur Versorgung in der Krise und zum Schutz des Einzelhandels vor amerikanischen Lieferriesen). Apps könnten auch für die Bestimmung individualisierter CO₂-Fußabdrücke und Entscheidungsunterstützung beim Einkauf eingesetzt werden: Eine App könnte z. B. vor einer Buchung die Wirkung einer Dienstreise oder eines Ferienflugs auf das private CO₂-Budget zeigen.
- Stärkung der Elektromobilität in ausgewählten Verkehrssegmenten. Um die Diffusion von alternativen Antrieben zu stärken, könnte in ausgewählten Segmenten stärker gefördert werden. Zu nennen sind hier die Offensiven von Renault, die in der Schweiz und in Frankreich bewusst Hilfsorganisationen mit E-Fahrzeugen ausrüsten oder die zunehmende Nutzung von E-Fahrzeugen durch das Deutsche Rote Kreuz in Bielefeld (FP 2018, EF 2020).
- Aufforsten: Das World Resources Institute in den USA schlägt eine Neuformulierung des Trillion Tree Acts vor und rechnet aus, dass durch die Investition von einer Million in Aufforstung und nachhaltige Waldwirtschaft 40 Jobs in unterschiedlichen Tätigkeiten entstehen werden, wie bspw. im Forstdienst, in der Botanik, durch das Züchten von Setzlingen in Baumschulen, um neue Bäume zu transportieren und zu pflanzen in der Technik, um Maschinen zu bedienen und (vgl. zusätzliche Dividende zur Klimawandelanpassung). Wälder leisten einen wichtigen Beitrag als Senke von klimaschädlichem CO₂.

Anpassung an den Klimawandel

- Investitionen in kritische Infrastruktur erhalten und ausbauen. Zur kritischen Infrastruktur gehören u. a. Energieversorgung, Verkehrswege, Wasserversorgung sowie Informations- und Kommunikationsnetze. Es besteht ohnehin die Notwendigkeit von zusätzlichen Investitionen in diesem Bereich (Difu. Öko-Institut 2017). Ohne Unterstützung im Rahmen eines Konjunkturprogramms werden vor allem Kommunen Investitionen wegen zurückgehender Steuereinnahmen verschieben oder aussetzen.
- Die Ertüchtigung der Verkehrsinfrastruktur zur Klimawandelresilienz (Straßen, Brücken, Schienenwegen und Häfen) sollte ebenfalls nicht zurückgestellt werden, sondern gegebenenfalls mit der notwendigen Unterstützung sogar vorgezogen werden.
- Aufforstung verbessert nicht nur die CO₂-Bilanz (s. o.), sondern vor allem im innerstädtischen Raum die Klimawandelresilienz, da Bäume Hitze mildern und Hitzestauung vorbeugen. Derzeit sind in Städten etliche Bäume durch Trockenheit geschädigt

und müssen ersetzt werden. Die Aufforstung mit klimaresilienteren Arten kann vermutlich schnell und effektiv umgesetzt werden. In den Wäldern setzt die Trockenheit der Jahre 2018 und 2019 den Bäumen massiv zu (BMEL 2019) und die Wetterlage im April 2020 lässt ein weiteres Trockenjahr befürchten (NOZ 2020). Maßnahmen zum Schutz der gesamten Holzwertschöpfungskette durch das schnelle Entfernen von Schadholz sind dringend und sollten für 2020 stärker gefördert werden.

FOLGEN FÜR DEN ARBEITSMARKT

Die diskutierten Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz und -anpassung sowie Energiewende werden neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Baugewerbe, im Verarbeitenden Gewerbe oder in Dienstleistungsbranchen eröffnen. Die Forstwirtschaft kommt hinzu. Für eine Starthilfe sind zwei Kriterien zu erfüllen: Eine Abhängigkeit von Zulieferungen aus dem Ausland sollte potenziell zumindest klein sein, damit ein großer Multiplikatoreffekt auftritt, und die Umsetzungsgeschwindigkeit sollte hoch sein.

Von den oben aufgeführten Maßnahmen sind die in der Tabelle dargestellten Branchen primär betroffen. Für jede Branche lässt sich die Importquote als Anteil der Importe an der Produktion angeben, um einen Indikator für etwaige Abhängigkeiten von Zulieferungen aus dem Ausland zu haben. Die Zahl der Erwerbstätigen (Arbeitnehmer*innen und Selbstständige) und die bisherige Produktion unterstützt die Einschätzung, welche Beschäftigungswirkungen eine Produktionsförderung haben könnte. Schließlich wird in einer Spalte eine qualitative Einordnung des Wirkungszeitraums gegeben, also beurteilt, ob kurzfristig Starthilfe gegeben werden kann.

Branche	Produktion in Mrd. Euro	Importe in Mrd. Euro	Beschäftigte in 1000 Personen	Importquote in Prozent	Beschäftigte pro Mrd. Euro Produktion	Wirkungs- zeitraum
Forstwirtschaft	5,2	1,0	37	19,2 %	7100	sofort
Papier und Pappe	41,5	16,1	130	38,8 %	3100	langfristig
Elektronische und optische Erzeugnisse	72,8	109,4	246	150,3 %	3400	sofort
Elektrische Ausrüstungen	90,7	60,3	394	66,5 %	4300	mittelfristig
Maschinenbau	225,6	80,4	963	35,6 %	4300	mittelfristig
Baugewerbe	313,6	1,8	2492	0,6 %	7900	sofort
Landverkehr	100,4	10,8	933	10,8 %	9300	sofort
IT & Informationsdienst leistungen	127,8	18,7	810	14,6 %	6300	sofort

Quellen: Statistisches Bundesamt 2020, eigene Einschätzungen

Diese einfache Analyse auf Basis der Input-Output-Tabelle des Statistischen Bundesamtes

für das Jahr 2016 (veröffentlicht: Januar 2020) zeigt bereits, dass Maßnahmen, die die Forstwirtschaft, das Baugewerbe, den Landverkehr oder IT-Dienstleistungen betreffen, eher weniger Probleme mit Zulieferungen haben dürften, große Beschäftigungsschübe auslösen könnten und wahrscheinlich mehr oder weniger sofort eingesetzt werden könnten.

Die Aussage „sofort“ mag für das Baugewerbe, das noch im Februar 2020 sehr hohe Auslastung meldete, hohe Auftragsbestände hat und Engpässe auf dem Arbeitsmarkt beklagte, nicht intuitiv sein. Es ist aber zu bedenken, dass auch das Baugewerbe quasi „Kollateralschäden“ der Corona-Pandemie erleidet, da z. B. Reparaturen an der Elektrik in Wohnungen von vielen Haushalten und Bauvorhaben zurzeit verschoben werden, um den Kontakt mit den Handwerker*innen zu vermeiden und auch auf den Baustellen das Abstandsgebot dazu führt, dass nicht alle Gewerke gleichzeitig arbeiten können. Wohnungsmarktextpert*innen erwarten zumindest vorübergehend fallende Preise, was in Anbetracht der Unsicherheiten am Arbeitsmarkt viele Aufträge aus dem privaten Bereich zumindest verzögern dürfte. Auch werden Unternehmen Bauinvestitionen z. B. für Kapazitätserweiterungen aufgrund der aktuell hohen Unsicherheit überdenken. Zudem ist zu beachten, dass das Verarbeitende Gewerbe wegen der zerrissenen Lieferketten z. B. aus China und Italien oder fehlender Absatzmärkte z. B. in den Vereinigten Staaten von der Krise besonders schwer betroffen sein wird. So kann es sein, dass Arbeitsplätze trotz der Liquiditätshilfen, geänderter Insolvenzregelungen und der besonders wichtigen Regelung für das Kurzarbeitergeld abgebaut werden. Für das Baugewerbe kann sich somit ein Zugang zu einer neuen, gut qualifizierten Gruppe möglicher Mitarbeiter*innen ergeben.

FAZIT

Die Corona-Krise lässt erkennen, mit welcher Geschwindigkeit und Wirkmacht der Staat auf Basis wissenschaftlicher Informationen in außerordentlich hoher Übereinstimmung mit dem Willen seiner Bürger*innen handelt. Da ein „Weiter so“ in Bezug auf Gesundheitsprodukte, Lieferketten etc. nach der Corona-Krise ist nicht zu erwarten ist (vgl. Kurzmitteilung 02/2020), bleibt zu hoffen, dass das neu Gelernte auch im Kontext des Klimawandels, der mit schlimmen Verwerfungen drohend vor uns steht, angewendet wird. Zumal Gegenmaßnahmen sofort wirken und deutliche positive Folgen auf dem Arbeitsmarkt auslösen können. Die höhere Resilienz und die geringere Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen sowie den Rückgang der Emissionen gibt es zusätzlich. Entsprechend ganzheitlich ist die Zeit für staatliches Handeln gekommen, zumal Krisen immer Zeiten der Entscheidung sind.

REFERENZEN

Agora Energiewende (2020): Auswirkungen der Corona-Krise auf die Klimabilanz Deutschlands. Eine Abschätzung der Emissionen 2020. https://www.agora-energie-wende.de/fileadmin2/Projekte/2020/_ohne_Projekt/2020-03_Corona_Krise/178_A-EW_Corona-Drop_WEB.pdf, abgerufen am 19.04.2020.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2019): Ergebnisse der Waldzustandserhebung 2019. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/ErgebnisseWaldzustandserhebung2019.pdf;jsessionid=BD3CCD9914CF0F0FE73A54EC793C56EF.1_cid296?__blob=publicationFile, abgerufen am 19.04.2020.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) (2020), <https://www.bmu.de/pressemitteilung/schulze-weltweiter-naturschutz-kann-risikoenftiger-seuchen-verringern/>, abgerufen am 19.04.2020.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) (2020): Energieeffizienz in Unternehmen. Das rechnet sich: Mehr aus Energie machen und Kosten senken. https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/energieeffizienz-in-unternehmen.pdf?__blob=publicationFile&v=31, abgerufen am 19.04.2020.

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) & Öko-Institut e.V. (2017): Ressourcenleichte zukunftsfähige Infrastrukturen – umweltschonend, robust, demografiefest. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2017-08-15_texte_64_2017_infrastrukturen.pdf, abgerufen am 19.04.2020.

EF (2020): https://efahrer.chip.de/news/renault-vergibt-hunderte-elektroautos-an-pflegekraefte-das-steckt-dahinter-1_102135, abgerufen am 28.04.2020

European Environment Agency (EEA) (2019): State of the environment. <https://www.eea.europa.eu/highlights/soer2020-europes-environment-state-and-outlook-report>, abgerufen am 19.04.2020.

Fisser, D. (2020): Corona bremst Waldreparatur aus: Profitiert der Borkenkäfer? In: Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ) vom 18.04.2020. <https://www.noz.de/deutschland-welt/wirtschaft/artikel/2037531/corona-bremst-waldreparatur-aus-profitiert-der-borkenkaefer>, abgerufen am 19.04.2020.

FP (2018): <https://www.fuhrpark.de/im-elektroauto-unterwegs-pflegekraefte-unter-strom>, abgerufen am 28.04.2020

Institut für Wirtschaftsforschung (IFO) (2020): Wirtschaft unter Schock, Frühjahrsgutachten der Gemeinschaftsdiagnose 2020. <http://gemeinschaftsdiagnose.de/2020/04/08/wirtschaft-unter-schock-finanzpolitik-haelt-dagegen/>, abgerufen am 19.04.2020.

International Monetary Fund (2020): World Economic Outlook April 2020. The Great Lockdown. <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2020/04/14/World-Economic-Outlook-April-2020-The-Great-Lockdown-49306>, abgerufen am 19.04.2020.